

Die Basis hatte das Wort



Nur mäßig besucht war die jüngste Landesbasiskonferenz, die am 21. Juni im beschaulichen Güstrow stattfand. Auf der Tagesordnung stand die Auswertung der Kommunal- und Europawahlen.

In ihrer Einführungsrede verzichtete die Landesvorsitzende der LINKEN, Heidrun Bluhm, bewusst auf klare inhaltliche Vorgaben. Die Basis sollte eigene Schwerpunkte setzen und ihre Sicht der Dinge

darlegen. Grundlage hierfür waren sowohl die selbst gemachten Erfahrungen aus dem Wahlkampf und die persönliche Bewertung des Wahlausganges als auch die wissenschaftliche Auswertung, die ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, Steffen Twardowski, übernahm.

Genosse Twardowski wies u.a. auf Folgendes hin: Was die Genossen interessiert, muss nicht zwangsläufig auch für das Wahlvolk inter-

essant sein. Das muss man bei der Themensetzung im Wahlkampf stets im Hinterkopf behalten. Viele Redner waren sich in Güstrow einig, dass dies im zurückliegenden Wahlkampf nur bedingt gelungen war. Auch wurde die mangelnde Personalisierung in unserer Wahlkampagne kritisiert.

Ein Schwerpunkt der Diskussion lag auf den Folgen aus der Neugliederung der

Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern. Ehrenamtliche Arbeit in den Kreistagen wird durch längere Wege nicht gerade erleichtert. Trotzdem war die Kandidatensuche offenbar nicht so schwierig wie befürchtet. In vielen kleineren Gemeinden tritt DIE LINKE aber gar nicht mehr als Partei an. Einzelne Kandidaten unserer Partei schlossen sich lieber Wählervereinigungen an, so dass DIE LINKE auf dem Wahlzettel nicht mehr auftauchte.

Wie ein roter Faden zog sich das Thema Stralsund durch die Veranstaltung. In Stralsund war DIE LINKE nicht zur Kommunalwahl angetreten. Der Gemeindevorstand hatte den Listenvorschlag des dortigen Kreisvorstandes zurückgewiesen, da die Aufstellung der Kandidaten nicht satzungsgemäß erfolgt sei. Das Chaos in diesem Kreisverband zu beheben, sollte in der kommenden wahlkampffreien Zeit Priorität für den Landesvorstand haben.

Auf Seite 5 könnt Ihr eine Einschätzung des Gen. Klaus Ledebuhr lesen.



Landesbasiskonferenz in Güstrow

Mehr dazu auf Seite 5



200. Geburtstag von John Brinckman

Mehr dazu auf Seite 10



Gedenken an Erich Mühsam

Mehr dazu auf Seite 12

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Graal-Müritz
■ Seite 3: Mahnwachen
Seite 4: Rotfeder
Seite 5: Landesbasiskonferenz
Seite 6: Diätenerhöhung
Seite 7: Aus dem Landtag
Seite 8: NPD-Verbot?

Seite 9: Kreisvorstand HRO
Seite 10: John Brinckman
Seite 12: Erich Mühsam
Seite 13: Zeitzeugen
Seite 14: Geschichte
Seite 15: Termine
Seite 16: „Aufbau Ost“

Gar nicht so leicht, 16 Seiten zu füllen. Sommerliche Schreibblockade, vor allem im Landkreis. Dort fand die jüngste Landesbasiskonferenz statt, von der Ihr auf Seite 1 bereits einen ersten Eindruck gewinnen konntet. Klaus Ledebuhr fügt auf Seite 5 seine persönlichen Einsichten hinzu. Mein Eindruck ist ja, dass manche Leute so schreiben, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist.

An einen anderen großen Schriftsteller erinnert Kurt Kaiser auf den Seiten 10 und 11: John Brinckman. Auf Seite 11 findet Ihr ein Relief Brinckmans, das 2009 gestohlen wurde. Das Foto wurde selbstverständlich früher aufgenommen. Jürgen Weise erinnert auf Seite 12 an den Antifaschisten Erich Mühsam, der auch in heutiger Zeit ein breites Betätigungsfeld finden würde. Leider. Nico Burmeister fragt deshalb zu Recht, warum eigentlich ein NPD-Verbot auch von einigen Nazigeignern kritisch gesehen wird

(Seite 8).

Sehr viel Historie in dieser Doppelausgabe des KLARTEXT. 2014 ist eben auch das Jahr der Jubiläen. Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist die Welt nicht friedlicher geworden. Das beschäftigt auch die Rotfeder (Seite 4). Es bleibt also viel zu tun ...

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion. Die nächste Ausgabe erscheint im September.



KLARTEXT online

Offener Brief zur Ehrendoktorwürde der Universität Rostock für Edward Snowden

Sehr geehrter Herr Minister Brodtkorb,

wir drei Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Mecklenburg-Vorpommern wenden uns mit diesem Offenen Brief an Sie, weil wir in Sorge um das Renommee der Hochschullandschaft unseres Landes sind. Die Hängepartie um die Ernennung von Edward Snowden zum Ehrendoktor der Universität Rostock wird weder ihm noch den beteiligten Institutionen gerecht. Deswegen bitten wir Sie, den Weg für die Ernennung frei zu machen.

Seit einigen Wochen ist der Beschluss der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Edward Snowden getroffen. Durch die rechtlichen Bedenken und die förmliche Beanstandung des Rektors der Universität konnte die Verleihung bisher nicht realisiert werden. Festzustellen sind inneruniversitäre Mei-

nungsverschiedenheiten zur Frage inwieweit die Veröffentlichungen von Edward Snowden über die illegale Abhörpraxis der Geheimdienste der Vereinigten Staaten und Großbritanniens den nach Promotionsordnung geforderten hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen entsprechen. Politik tut gut daran, die Autonomie der Hochschule zu achten und sich nicht mit vorschnellen, politisch motivierten Äußerungen einzumischen.

Die Situation um die mögliche Ehrendoktorwürde für Snowden hat sich jedoch nunmehr verändert. Mit dem Beschluss des Fakultätsrates vom 18. Juni ist klar geworden, dass dieser an seiner Forderung zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Edward Snowden festhält.

Heidrun Bluhm,
Dietmar Bartsch,
Kerstin Kassner

Graal-Müritz: Wir wollen helfen!

Am 31. Mai standen wir wie in jedem Jahr mit einem Solidaritätsstand im Rahmen des Parkfestes im Graal-Müritzer Rhododendronpark.

Mit den Einnahmen aus unserem Buchbazar wollten wir nach dem Brand im „Chinagarten“ in diesem Jahr die Sanierung und Wiedereinrichtung dieses Restaurants unterstützen.

Die fünf Aufhänger am Stand wiesen die vielen Gäste auf unser Anliegen hin. Einige Gäste und einheimische Bürger schrieben sich auch gleich die angegebene Kontoverbindung auf.

Anfang Juni übergaben wir an die Familie Kam Kwai Cheung 260 €.

Natürlich läuft die Spendenaktion für sozial schwache Kinder weiter - hier Verwendungszweck: Kinder Graal-Müritz.

Rückfragen beantworten wir gern.

Sollten auch Sie helfen wollen, hier die Kontoverbindung:

Konto bei Gemeindeverwaltung Graal-Müritz

OSPA Rostock

IBAN: DE06 1305 00000275 2222 25

BIC: NOLADE21ROS

Verwendungszweck: Chinagarten

Natürlich werden Ihnen auch Spendenbescheinigungen ausgestellt.

Andrea Conteduca (Vorsitzende Basisorganisation Graal-Müritz) & Jens-Peter Johannsen

Ein Dankeschön

Ich Ralf Malachowski möchte mich bei allen Wahlkämpfern und innen rechtherzlich für Ihren Einsatz im Wahlkampf bedanken! Insbesondere nochmal einen besonderen Dank an Günter Althaus und Peter Menzel die mich mit Ratschlägen unterstützten! Nico Burmeister und Marcus Etzold von SOLID die mich unermüdlich bei den Steckaktionen unterstützten! Danke auch an die Genossen der SAV die mir schnell und unkompliziert beim Plakatieren in Kassebohm geholfen haben, genannt sei hier Torsten Strübbing und Rene Henze (SAV) und der Sympathisant der Linken Norbert Puschmann. Nochmals vielen Dank! Ralf Malachowski

Die Rostocker LINKE und die „Montagsmahnwachen“

In der Juni-Ausgabe des KLARTEXT beschäftigten wir uns bereits mit den neuen Montagsdemonstrationen, die seit ca. zwei Monaten in ganz Deutschland stattfinden. Es handelt sich um sogenannte „Mahnwachen für den Frieden“, doch das Thema Frieden ist mittlerweile zum Randthema geworden. Auch das ein Grund, warum sich viele enttäuscht von diesen Veranstaltungen zurückgezogen haben, zum Beispiel in Rostock.

Der Rostocker Kreisvorstand befasste sich Mitte Mai mit diesen „Mahnwachen“, hatte hierzu auch den Organisator der Rostocker Veranstaltung eingeladen. Wir wollten kein vorschnelles Urteil fällen, uns stattdessen fair und vorurteilsfrei mit dem Thema auseinandersetzen. Entstand hier nicht eine neue Friedensbewegung, eine stetig wachsende Gegenöffentlichkeit zum herrschenden Mainstream, dem sich z.B. im Bundestag nur DIE LINKE verweigert? Dass unsere Partei nicht Urheberin dieser Bewegung ist, sollte nicht zwangsläufig bedeuten, dass wir sie ablehnen. Die Erfahrungen der folgenden Wochen waren jedoch so ernüchternd, dass sich der Kreisvorstand am 3. Juni von dieser „Mahnwache“ distanzierte und von einer Teilnahme abriet. Der Landesvorstand schloss sich dieser Haltung später an.

Die Gründe für die Ablehnung sollen hier kurz angerissen werden. Stand zu Beginn die Angst vor einem Krieg um die Ukraine im Vordergrund der Demo-Agenda, entwickelte sich die Rostocker „Mahnwache“ schnell zu einer Bühne für alle möglichen Verschwörungstheorien, deren Anhänger glücklich über das gewonnene Publikum sind. Stark vertreten sind in Rostock auch jene, die dem Staat BRD und seinem Parteiensystem jegliche Legitimation absprechen („Wer eine Partei wählt, wählt Faschisten“, 16. Juni). Ein vernünftiger Diskurs über die Probleme der Welt kommt nicht mehr zustande. Versuche, dem Unsinn mit Argumenten Einhalt zu gebieten, verpuffen wirkungslos.

Schlimmer als die Abwesenheit gesunden Menschenverstandes ist aber die Tatsache, dass die Rostocker Veranstaltung zu einer Bühne für das breite rechte Spektrum wurde, das sich eben nicht auf die NPD beschränkt. Hier wird gegen Multikulti-Kuschelei und gegen Zuwanderung gewettert, aber auch gegen Zionismus und die „jüdische Finanzoligarchie“. Am 23. Juni trat eine Rednerin auf, die auf der Hamburger Montagsdemo Redeverbot erhalten hatte. In Rostock durfte sie sprechen, sie identifizierte die jüdische Familie Rothschild als treibende Kraft der Geschichte. Auch die

Oktoberrevolution und die „Revolution“ in der DDR 1989 gingen auf die Initiative der Rothschilds zurück. Der heftige Applaus, den diese Rednerin für ihre Thesen bekam, hat besondere Aussagekraft, wenn es um die Bewertung der „Mahnwachen“ geht. Kritiker – sie treten spärlich auf und sind rhetorisch deutlich unterlegen – werden ausgebuht. Als rechts möchte sich auf der „Mahnwache“ niemand bezeichnen lassen, denn die Einteilung in Rechts und Links gilt als Herrschaftsinstrument der herrschenden Elite („Teile und herrsche“). Stattdessen arbeiten die Organisatoren der deutschen Mahnwachen an einer neuen Querfront aus Linken und Rechten als einer machtvollen Gegnerin des etablierten politischen Systems.

Nur ein Mitglied der Rostocker LINKEN nimmt aktiv an den „Mahnwachen“ teil. Das wird allerdings aufmerksam registriert, nach dem Motto: In anderen Städten steht die LINKE abseits, in Rostock ist sie mit dabei (Kommentar auf der Webseite Youtube). Befriedigt nimmt man wahr, dass die Grenzen zwischen Links und Rechts aufgehoben werden.

Carsten Penzlin

Unser Studierendenverband unterstützt den Rostocker Bildungsstreik



Die Linke.SDS Rostock steht an der Seite der Studierenden von Mecklenburg-Vorpommern. Her mit der ausfinanzier-

ten Bildung ohne Vakanzen und marode Gebäude! Her mit anständig bezahlten Jobs für die Dozentinnen und Dozenten!



Her mit einem elter-nunabhängigen BAföG! Wir kämpfen weiter!



Rotfeder und der Drang, Feinde haben zu müssen

Wenn ich mich in meinen süßen und salzigen Gewässern tummle, dann fällt mir auf, dass in der Natur doch eigentlich fast alles ganz geordnet zugeht: die Stärkeren fressen die Schwächeren, die cleveren Kleinen besiegen die trägen Großen, die Kranken werden vernichtet. Die Natur ist so brutal wie der Kapitalismus.

Aber ich beobachte auch, wie ihr Menschen eingreifen könnt. Ihr habt Kultur, Moral und Gesetze entwickelt und benutzt eure Vernunft. Unter euch gibt es Solidarität und Freundschaft, ja sogar Liebe. Der Stärkere hilft den Schwächeren, eure Fähigkeiten ergänzen sich und vervielfachen sich dabei. Ihr habt als gesellschaftliche Struktur die Demokratie entwickelt. Die ist zwar nicht der Weisheit letzter Schluss, aber bisher gibt es nichts Besseres.

Was hindert euch, vernünftig miteinander umzugehen und euch die Schätze und Möglichkeiten unserer Welt gerecht zu teilen? Die Antwort ist nicht einfach und wird auch nicht schnell gefunden, es lohnt sich aber, darüber nachzudenken. Eine Sache geht mit dabei in letzter Zeit immer wieder durch meinen kleinen Fischkopf: Sehr

viele von euch gleichen sich darin, dass sie sich unterscheiden wollen. Das führt so weit, dass sie sich über Gegnerschaft bis hin zur Feindschaft selbst definieren. Das fängt an bei den lächerlichen Radfahrer-Hassern und Hundebesitzer-Anpöblern in den Leserbriefspalten eurer Tageszeitungen. Es geht weiter über die dümmlichen Fan-Grölereien zu den boshaften Mobbing-Attacken in sozialen Netzen. Gefährlich wird es bei Schwulenhass und Rassismus.

Napoleon wusste bereits, dass die Religion als Abwehrfunktion gebraucht wird, damit die Armen in ihrem berechtigten Zorn nicht die Reichen umbringen, religiöser Fanatismus jedoch führt immer wieder zu Kriegen. Und damit sind wir in unseren Überlegungen bei der Frage der Macht. Manche Staaten und gesellschaftlichen Strukturen können offenbar nur weiterbestehen, wenn sie einen ordentlichen Feind haben. Und ist ihnen der Feind ausgegangen, wie den USA nach dem kalten Krieg, dann muss ein neuer her oder das anachronistisch gewordene Feindbild, zum Beispiel der „böse Russe“, künstlich am Leben erhalten werden.

Geheimdienste erfinden den „Krieg gegen den Terror“, als wenn man gegen eine Kampfform erfolgreich Krieg führen könnte. Aber das wissen sie ja selbst am besten. Es geht gar nicht um Terrorabwehr. Es geht um die Sicherung der Macht im Cyberzeitalter. Das Wissen der NSA über euch Menschen übersteigt das Wissen der Menschheit jetzt schon um das 400-fache. Es entsteht eine religiös gefärbte Überwachungsdemokratie. Wollt ihr das akzeptieren, weil man „ja doch nichts dagegen tun kann“? Ich denke, der Schlüssel ist der Widerstand der aufgeklärten Mitarbeiter in den Strukturen wie zum Beispiel Edward Snowden.

Das ist aber schon wieder ein anderes Thema

glaubt eure Rotfeder



52. Fischerfest in Rostock-Reutershagen



Am Schwanenteich, unserem Naherholungsgebiet, fand, wie in den Jahren zuvor, das dreitägige älteste Stadtteilfest

Rostocks statt. Der Sonnabend, dieses Mal war es der 21. Juni, war traditionell der Familientag, an dem Groß und Klein viel Spaß, Freude und Erlebnisse hatten. Auf einem Teil der Festfläche war dafür eigens vom Rostocker Freizeitzentrum (RFZ) und weiteren Einrichtungen ein Kinderdorf mit Spielgeräten, Bastelstraßen, Schminkstationen und vielem anderen aufgebaut worden.

Mittendrin hatten wir, Mitglieder der Partei DIE LINKE und der Frauenorganisation „dfb e.V.“, beide aus Reutershagen, einen Kuchenbasar eingerichtet, bei dem man unter 16 selbstgebackenen Kuchen auswählen konnte. Von jungen Leuten aus dem RFZ wurde der dazu gehörende Kaffee gekocht. Den Zuckerwatteautomaten der LINKEN bediente unser Student Christian und erfreute viele Kinderherzen. Unser Angebot fand großen Anklang bei den Besuchern des Fischerfestes und war nach zwei Stunden verzehrt.

Den Erlös des Kuchenbasars in Höhe von 184 Euro erhielt, wie schon im Vorjahr, die Kinderstadt des RFZ für die Gestaltung ihrer vielseitigen Arbeit mit Kindern aus Rostock und Umgebung und wir freuten uns gemeinsam über diesen kleinen Beitrag, den wir zum Gelingen unsers Wohngebietsfestes geleistet haben. Allen fleißigen BäckerInnen und den aktiven Helfern an diesem Nachmittag ein großes Dankeschön dafür.

*Renate Jänicke
Sprecherin der BO 183*

Landesbasiskonferenz in Güstrow - Der rote Faden

Dieser Ort war gut ausgesucht um die Veranstaltung zu füllen. Aber mit dem Füllen hat es nicht ganz geklappt wie gewünscht.



Nachdem Gabi und Jochen die Leitung übernommen hatten, wurde auch die geänderte Tagesordnung übernommen. Das Ergebnis der Fragebögen zur Wahl war noch nicht vollständig vorhanden. Dass Helmut

Scholz nun wieder in Rostock sein Büro hat, ist eine gute Ergänzung für Rostock. Auch hier war das Thema, nach der Wahl

ist vor der Wahl. Also packen wir es ALLE gemeinsam an. Jung und Alt Hand in Hand zum nächsten Sieg.

Von hier fing es an, dass sich der ROTE Faden durch die ganze Versammlung zog. Der Name ist mit Stralsund zu bezeichnen. Es kann nicht sein, dass ein ganzer Landesverband

(ca. 4500 Mitglieder) zum Spielball von einer Handvoll starsinniger Genossen werden kann.

Auch hat Bundesgeschäftsführer Mathias Höhn seine Eindrücke von den Wahlvorgängen in Einzelteilen vorgestellt, um bei

der nächsten Wahl ein besseres Ergebnis zu bekommen. Seine Einstellung, dass es Bodo Ramelow als erster Ministerpräsident in Thüringen schaffen kann, ist auch die Meinung des Autors dieses Artikels. Aber man muss genug Unterstützung eben nach dort bringen. Horst Kahrs' Einschätzungen über den Verlauf der Wahl haben wieder voll in die Mitte der Scheibe getroffen.

Ab Jan Gottschling hat der rote Faden angefangen und zog sich durch die ganze Versammlung bis zum Ende hin. Es waren genug Redner in der Bütt, mit Ausnahme des letzten Redebeitrags von Jacqueline Bernhardt, diese hat das Thema des roten Fadens nicht berührt. Werde jetzt langsam zum Schluss kommen und dem Chaos-Club-Stralsund alles Gute wünschen, um auf den Boden des Miteinanders zurückzukommen.

Der diesen Artikel geschrieben, hatte das Vergnügen 11 Stunden dabei zu sein.

Klaus Ledebuhr

Flagge zeigen - ein Regenbogen für Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz



Zur Eröffnung der CSD-Kulturtagte beteiligt sich die Linksfraktion auch in diesem Jahr wieder an der Regenbogenfahnen-Aktion, dem Hissen der bunten Flagge als Symbol für Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz.

Am Christopher Street Day (CSD) wird daran erinnert, dass Schwule und Lesben immer noch Problemen und Diskriminierungen ausgesetzt sind, von einer tatsächlichen Gleichstellung noch lange keine Rede sein kann. Mit der bunten Flagge, die heute an vielen Orten aufgezogen wird, demonstrieren wir Solidarität und treten ein für Akzeptanz und Gleichberechtigung.

Aus Sicht der Linksfraktion ist es beschämend, dass Innenminister Lorenz Caffier stur am so genannten Flaggenerlass festhält, wonach ein Hissen der Regenbogenfahne an öffentlichen Gebäuden nicht zulässig ist. Es ist engstirnig und nicht zeitgemäß, die Regenbogenfahne nicht zuzulassen. Dabei ist es gerade auch in MV wichtig, Flagge gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zu zeigen – auch und gerade auch an öffentlichen Gebäuden.



Gauck verweigert Diätenerhöhung

Die Diätenerhöhung hängt beim Bundespräsidenten fest – ein Debakel für die Große Koalition

Eigentlich sollten die Diäten für uns Abgeordnete zum 1. Juli 2014 um 415 Euro steigen. Der Bundespräsident prüft bereits allerdings bereits seit mehr als fünf Wochen das Gesetz über die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigungen, das im Frühjahr als erste Initiative der Großen Koalition durch das Parlament gepeitscht wurde. Hintergrund seiner Prüfung sei, so Medienberichte, der Erhöhungsautomatismus, der die Diäten an die Lohnentwicklung ankoppelt.

Wir LINKE sind nicht der Meinung, dass Diäten niemals steigen sollten. Wir sehen eine maßvolle Erhöhung der Diäten im Rahmen der Lohnentwicklung durchaus als sinnvoll an. Das könnte einige im Bundestag dazu bringen, mit uns gemeinsam auch endlich für höhere Löhne zu streiten. Das Grundgesetz schreibt aber ein Transparenzgebot für die Beschlussfassung zur Abgeordnetenentschädigung vor. Schon 1995 war die Kopplung der Diäten an die Richtergehälter wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gescheitert.

Wir wollen, dass Erhöhungsschritte auch weiterhin einzeln im Parlament diskutiert werden. Wir Bundestagsabgeordnete können uns nicht hinter den Tarifparteien verstecken. Denn Mitglied des Bundestages

zu sein ist kein Job wie andere auch. Wir stehen immer im Dienste des Gemeinwessens und damit auch unter besonderer Beobachtung – zu Recht.

Darum hat unsere Fraktion im März dieses Jahres auch gegen die Diätenerhöhung gestimmt. Das Tempo der schnellen Anhebung um 830 Euro auf die Höhe eines Bundesrichtergehaltes innerhalb von sieben Monaten erschien uns vor dem Hintergrund der langjährigen äußerst schwachen Lohnentwicklung in Deutschland eben nicht angemessen.

Dazu kommt die immer noch üppige Altersversorgung. Diese wurde mit dem aktuellen Gesetzesentwurf zwar im Leistungsanspruch und beim Zeitpunkt des Versorgungsanspruchs etwas reduziert, aber das Grundprinzip einer beamtenähnlichen Regelung bleibt bestehen. Nach 26 Jahren im Bundestag lassen sich so 65 Prozent einer Diät als Altersversorgung erreichen. Und dies, ohne jemals Beiträge gezahlt zu haben. Man stelle dies in Relation zu den 43 Prozent, auf die das Rentenniveau bis 2030 sinken soll.

Auch die Regelungen zu Nebeneinkünften von Abgeordneten bringen nicht die Transparenz, die wir als LINKE für angemessen halten. Warum sträubt sich die Mehrheit im Parlament dagegen, ihre Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau offenzulegen? Ich habe meine Geschäftsführerkolleginnen und -kollegen der anderen Fraktionen

in einem Brief zudem gebeten, ein Verbot von Spenden an Abgeordnete zu prüfen und die Einführung eines Lobbyistenregisters im Bundestag voranzubringen.

Dass das Gesetz zur Diätenerhöhung und damit die erste Erhöhungsstufe heute nicht in Kraft treten kann, hat übrigens nicht Gauck zu verantworten. Das Gesetz brauchte volle zwei Monate, um nach der Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat zum Bundespräsidenten überstellt zu werden. Die Bundesregierung hat bisher nicht erklärt, warum das so lange dauerte.

Unsere Fraktion war schneller: Die Abgeordneten der LINKEN haben ihre Erhöhungen der Diäten den SOS Kinderdörfern versprochen. Die Vorbereitungen für eine erste Spende laufen auf Hochtouren, denn 100.000 Euro wollen noch in diesem Jahr eingesammelt und an richtiger Stelle übergeben werden. Bedingung war, dass die Kinder vor Ort entscheiden können, was mit dem Geld finanziert wird. Dann hätte die Diätenerhöhung doch noch ein bisschen Demokratie befördert.

Petra Sitte, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

www.linksfraktion.de, 30. Juni 2014

Mindestlohn nicht für jeden?

Das Scheitern eines flächendeckenden Mindestlohns ist ein Desaster für das Niedriglohmland Deutschland

Am Wochenende hat die Koalition weitere Ausnahmen beim Mindestlohn vereinbart, die einer flächendeckenden gesetzlichen Untergrenze in der Entlohnung nun endgültig die Zähne ziehen. Der Gesetzesentwurf enthält die Auflage, dass grundsätzlich eine Unterschreitung des Mindestlohns nur möglich ist, wenn ein Tarifvertrag vorliegt. Zudem sollen weiterhin folgende Ausnahmen und Sonderregelungen gelten: Keinen Mindestlohn erhalten Jugendliche unter 18 Jahren, Langzeiterwerbslose während der ersten 6 Monate der neuen Beschäftigung und Praktikanten für die ersten drei Monate. Zeitungszusteller sollen bis 2017 generell vom Gesetz ausgenommen werden und 2015 bis zu 25 Prozent

unter dem Mindestlohn vergütet werden und 2016 bis zu 15 Prozent - dies auch ohne Tarifvertrag. Die sozialabgabenfreie Saisonarbeit wird von 50 auf 70 Tage ausgedehnt. Zukünftig können Kost und Logis auf den Mindestlohn angerechnet werden. Am 30. Juni fand die parlamentarische Anhörung des Gesetzesentwurfes und des Antrages der LINKEN statt – sehr symbolträchtig im Fraktionssaal der CDU/CSU. Es lagen keinerlei schriftliche Ausführungen dazu vor, wie denn die zusätzlichen Sonderregelungen im Gesetz verankert werden sollten, die aus der Presse bekannt geworden sind.

Die Koalitionsfraktionen gaben auch ihr Bestes, das heißt umkämpfte Thema Mindestlohn vollends zu entpolitisieren, und blendeten alle unangenehmen Fragen zu den heiklen Sonderregelungen aus. Doch vor allem durch die Fragen der LINKEN

wurden die Verwerfungen des neuen Gesetzes deutlich: Die Sonderregelung für Zeitungszusteller wurde von einem Sachverständigen als „Produkt eines außerordentlich intensiven Lobbyismus“ bezeichnet, für das „keinerlei sachlich valide Grundlage zu erkennen sei“. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung ist eine Unterbietung des Mindestlohns nur möglich, wenn ein Tarifvertrag vorliegt. Die nun vereinbarte Regelung, für die bis dato keinerlei schriftliche Fassung in der Anhörung vorlag, nimmt einzig die Zeitungsverleger davon aus. Sie hatten einen Tarifvertrag verweigert und werden nun dafür belohnt. Diese „Lex Springer“ wurde von Sachverständigen rechtlich in Frage gestellt. DIE LINKE interpretiert das Geschenk an die Verleger als Beleg dafür, dass hier die Politik in eigener Sache agiert.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Nach der Causa Wulff zeigt sich die Bundesregierung wohlfeil gegenüber den mächtigen Verlagshäusern. Sie pflegt mehr ihren Ruf als die Arbeitsbedingungen der Zeitungsträger.

Die Sonderregelungen für Saisonarbeit (in der Agrarwirtschaft) verstoßen gegen das Nichtdiskriminierungsgebot, da sie osteuropäische Erntehelfer deutlich schlechter stellen. Da es keinerlei Sachgründe für eine Sonderbehandlung von Erntehelfern aus Osteuropa gibt, handelt es sich um die Diskriminierung einer Gruppe von bis zu 300 000 Menschen aufgrund der Staatsangehörigkeit. Dies widerspricht dem Europarecht.

Die Verlängerung der Nichtversicherungsspflicht der Saisonarbeit von 50 auf 70 Tage bietet einen Anreiz zur Ausdehnung der Regelung auf alle Branchen, für die Saisonarbeit typisch ist - beispielsweise der Hotel- und Gaststättenbereich sowie die Tourismusbranche. Dies wurde von Sachverständigen als sozialpolitisch äußerst bedenklich eingestuft und betrifft potentiell bis zu 800 000 Beschäftigte. Das Vorhaben, zukünftig Kost und Logis mit dem Mindestlohn zu verrechnen, öffne Miss-

brauch Tür und Tor und entziehe sich jeder Kontrolle. Man möge sich nur kurz die zahlreichen Skandale über die Unterbringung von Saisonarbeitskräften vor Augen halten und dann selbst bewerten, ob es ein gutes Gefühl gibt, diese Arbeitgeber die Kosten für Kost und Logis gegen den Mindestlohn rechnen zu lassen.

Der Totalausschluss von Jugendlichen unter 18 Jahren, den es so nirgends in Europa gibt, wurde von Sachverständigen ebenfalls als Diskriminierung einer Gruppe angesehen. DIE LINKE hält die Regelung für verfassungswidrig, da die arbeitsmarktpolitische Begründung, der Mindestlohn solle Ausbildung nicht unattraktiv machen, vorgeschoben ist. Daten der Bundesregierung selbst belegen: Es gibt die Gruppe von Jugendlichen nicht, die davor geschützt werden müsste, einen Ausbildungsplatz zu verweigern. Es werden vor allem Schüler bestraft, die einen Minijob oder Ferienjob haben.

Als besonders problematisch wurde die Überprüfbarkeit der Einhaltung des Mindestlohnes gesehen. Betont wurde, dass die Kontrollen umso schwieriger würden, je mehr Ausnahmen es gäbe - und diese seien zahlreich. Ebenso fehle eine Definition des Mindestlohns, was ebenfalls

eine Überprüfung erschwere. Gilt als Mindestlohn nur der Grundlohn oder können auch Zuschläge oder Sonderzahlungen mit eingerechnet werden? Fragen, die der Gesetzentwurf unbeantwortet lässt. Es wurde auch bezweifelt, dass die Höhe von 8,50 Euro existenzsichernd sei. Zumindest in Metropolen sei dies durch hohe Mietkosten nicht gewährleistet. DIE LINKE fordert daher einen Mindestlohn von 10 Euro.

Klaus Ernst fasst zusammen: „Mit dem Gesetz konterkariert die Koalition das Vorhaben, durch eine gesetzliche Untergrenze für Alle Lohndumping zu beenden. Über eine Fülle von willkürlichen Sonderregelungen schafft sie geradezu den Anreiz für weitere Unterbezahlung genau in den Bereichen, die mit der Auslöser für den Mindestlohn waren. Das Scheitern eines flächendeckenden Mindestlohns ist ein Desaster für das Niedriglohnland Deutschland. Die SPD hat sich zum Hampelmann der Koalition degradiert.“

Gaby Gottwald, Koordinatorin des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

www.linksfraktion.de

Pressemitteilungen aus dem Landtag

Es ist humanitäre Pflicht, Flüchtlingen zu helfen und Schutz zu gewähren

Anlässlich des UN-Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2014 erklärt der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Hikmat Al-Sabty:

„Der Welttag für Migranten und Flüchtlinge soll daran erinnern, dass gegenwärtig unzählige Menschen weltweit auf der Flucht sind. Sie flüchten vor Krieg oder Verfolgung und nehmen dafür unglaubliche Strapazen und Gefahren auf sich. Sie verlassen ihre Heimat und suchen Schutz in anderen Ländern, weil sie wegen ihrer Ethnie, Religion, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung nicht sicher und friedlich in ihren Herkunftsländern leben können. Sie verlassen ihre Heimat, weil sie um ihre Gesundheit oder gar um ihr Leben fürchten müssen.

Es unsere humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen und Schutz zu gewähren. Deshalb muss die EU ihre Abschottungsstrategie in der Flüchtlingspolitik beenden. In Deutschland muss das Asylrecht maßgeblich verbessert, das Grundrecht auf Asyl wieder eingeführt werden. Angesichts der katastrophalen Lage in Syrien muss das Aufnahmekontingent für Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland weiter erhöht werden, Familienzusammenführungen müssen auch ohne einen großen Geldbeutel der hier lebenden Angehörigen möglich werden. Wir müssen Bedingungen schaffen, damit Flüchtlin-

ge selbstbestimmt, sicher und mit einer realen Perspektive hier leben können. Dazu gehört eine Willkommenskultur für alle Zuwanderer sowie solide, kontinuierliche und ausfinanzierte Integrationsangebote.

Wir machen uns im Landtag MV immer wieder für die Rechte von Flüchtlingen stark, zuletzt mit unserem Antrag „Weltoffenes MV – Flüchtlinge willkommen heißen“. Wir werden nicht nachlassen, dies einzufordern. Menschen sind in ihrer Vielfalt zu betrachten und zu fördern, eine Unterscheidung nach wirtschaftlichen Wertbarkeitskriterien lehnen wir strikt ab.“

Bildungsbericht 2014: Kinder in MV haben besonders hohes Risiko

Der aktuelle nationale Bildungsbericht von Bund und Ländern, der auf der Kultusministerkonferenz in Berlin vorgestellt wurde, macht aus Sicht der bildungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Simone Oldenburg, erneut deutlich, dass im Bildungssystem deutschlandweit und in MV noch vieles im Argen liegt. „Eine der zentralen Forderungen im Bericht, die qualitativ und quantitativ bessere Gestaltung der Ganztagschulen, ist auch in MV ein drängendes Thema“, erklärte Frau Oldenburg. So sei die von der Landesregierung angekündigte Erhöhung der Zahl der Ganztagschulen als gute Lernorte für Kinder auf Eis gelegt und werde in dieser Legislaturperiode wohl auch

nicht gelingen. Auch die sogenannten Risikolagen für Kinder unter 18 Jahren, die im Bericht beklagt werden, seien in MV dramatisch. So lebten 42 Prozent der Kinder mit mindestens einem der Risiken, (,soziales Risiko‘, ,bildungsfernes Elternhaus‘ oder ,finanzielles Risiko‘), welche einen erfolgreichen Bildungsweg erschweren oder verhindern. „Eine Folge sind die bundesweit höchste Schulabbrecherquote und viele Jugendliche, die die Ausbildungsreife nicht erlangen“, so Frau Oldenburg. Gerade vor diesem Hintergrund müssten in MV die Bedingungen beim Übergang Schule-Beruf dringend verbessert werden. „Viele Jugendliche landen im bestehenden Maßnahmenschubel, aus dem mancher nicht mehr herauskommt. Dieser Dschungel muss gelichtet, die Maßnahmen koordiniert werden“, so Frau Oldenburg. Die Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Bereichen des Bildungssystems ist als eine weitere zentrale politische Herausforderung benannt. „Dies ist auch ein Schwerpunkt der Bildungspolitik in MV, wo derzeit Strategien zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem bis 2020 entwickelt werden. Alle Beteiligten an diesem Prozess müssen sich im Klaren sein, dass Inklusion Geld kostet und dieses Geld auch in die Hand genommen werden muss“, betonte Frau Oldenburg.



Was kann und soll ein NPD-Verbot leisten? Ein Kommentar zu einer nicht enden wollenden Debatte

Kritiker_innen eines NPD-Verbots unterstellen den Befürworter_innen häufig, mit einem Verbot neofaschistischer Parteien die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ersetzen zu wollen. Doch ist das so? Was kann und soll ein NPD-Verbot leisten?

Seit der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im Jahr 1964 fordern unter anderem Parteien und Verbände immer wieder ein Verbot dieser Partei. Die Debatte über das Für und Wider eines NPD-Verbots ist daher fast genauso alt wie die Partei selbst. Auffällig bei dieser seit Jahrzehnten andauernden Diskussion ist allerdings die Art, wie sich Befürworter_innen und Gegner_innen eines Verbots gegenseitig zuhören: nämlich fast gar nicht. Besonders die Kritiker_innen eines Parteienverbots gehen in der Regel gar nicht auf die Argumente, welche ein Verbot neofaschistischer Parteien positiv erscheinen lassen, ein oder verdrehen sie schlichtweg.

Kurze Geschichte der NPD

Die NPD ging Mitte der 1960er Jahre unter anderem aus der „Deutschen Reichspartei“ und der „Deutschen Partei“ hervor. Die NPD sollte nicht zuletzt ein Sammelbecken für versprengte Rechtsextremist_innen werden, um eine Zusammenfassung des (neo)faschistischen Potenzials in der damaligen Bundesrepublik zu erreichen. Der Aufstieg der neuen rechten Sammelpartei war einmalig für die Nachkriegsgeschichte. Bei den Bundestagswahlen 1965 erlangte die Partei bereits zwei Prozent der abgegebenen Stimmen und zog in den darauffolgenden Jahren in einem halben Dutzend Landesparlamente ein. Erst nach dem Einzug in den Landtag Baden-Württembergs ebten die Erfolge der NPD ab. Den allgemein erwarteten Sprung in den Bundestag verfehlte die Partei 1969 mit 4,3 Prozent knapp. Danach schaffte es die NPD bis zu ihrem Einzug ins sächsische Parlament 2004 nicht mehr, größere Wahlerfolge zu erzielen.

Erst die Wiedervereinigung holte die NPD aus ihrem fast ein Viertel Jahrhundert andauerndem Tief. Die zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern war der ideale Nährboden für rassistische Resen-

timents. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt legte die Partei ihren Schwerpunkt zunehmend auf soziale Probleme der Menschen und traf damit vor dem Hintergrund der Agenda2010 genau den Nerv vieler Menschen. Mittlerweile ist die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern fest etabliert – sie sitzen zwei Legislaturperioden nacheinander in den Landtagen. Ein Novum für die Partei bis dahin.

NPD-Verbot: Ja? Nein? Vielleicht?

Immer wieder wird behauptet, ein NPD-Verbot wäre sinnlos, weil allein schon aufgrund der engen Verzahnung der Partei mit den sogenannten „Freien Kameradschaften“, also losen Zusammenschlüssen ohne juristisch (an)greifbare Struktur, ein Wegbrechen der Parteigliederungen die Aktivitäten der Nazis kaum beeinträchtigen würde. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Die Kameradschaften könnten in weiten Teilen überhaupt nicht agieren, wenn sie nicht Parteistrukturen (mit)nutzen könnten. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern – also einer Hochburg der Neofaschist_innen – ist eine Symbiose zwischen Partei und „Freien Kräften“ festzustellen. MV gilt als eine Modellregion für die rechte Szene, ein Modell, welches bereits in anderen Bundesländern exportiert wird. Über die Partei bekommen rechte Strukturen Geld (nicht zuletzt aus Steuermitteln), Jobs, Infrastruktur und die Möglichkeit scheinbar legal in der Öffentlichkeit zu agieren.

„Verbote lassen Rassismus nicht verschwinden!“ - Das behauptet auch niemand.

Sicher, rassistische Ressentiments und Vorurteile verschwinden durch ein Verbot von neofaschistischen Organisationen nicht. Aber auch dies behauptet niemand der Befürworter_innen ernsthaft. Durch den Wegfall staatlicher Finanzierung und Legitimität kann ein erster Schritt zur besseren Aufklärung gegen Rassismus, „Fremden“feindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen sein. Ein Verbot der NPD ist damit nicht das Ende des Kampfes gegen Rechts, sondern der Anfang. Die Unterstellung, eine Auflösung neonazistischer Gruppierungen, gleich welcher Art, würde das Problem der Frem-

denfeindlichkeit beheben, ist schlicht irrational und wird scheinbar nicht selten zur Delegitimierung der Verbotsbemühungen, besonders aus dem (rechts)konservativen Lager, benutzt.

Eine politische Lösung finden oder recht behalten wollen – Worum geht es hier?

Die Debatte um ein NPD-Verbot zeigt beispielhaft, wie verbissen politische Diskussionen geführt werden können. Dabei vergessen viele oft, dass es in der politischen Auseinandersetzung niemals darum gehen darf, Recht zu behalten, nur um Recht zu haben. Es geht um die Findung von Lösungen von Problemstellungen in unserer Gesellschaft. Das Wegbrechen der bundesweit größten neofaschistischen Organisation in der Bundesrepublik schwächt die Naziszene für mehrere Jahre, Zeit die es zur Aufklärung zu nutzen geht. Solche Aufklärung kann aber nicht in Parlamenten oder Ausschüssen erfolgen, sondern sie muss in den Dörfern und Städten stattfinden. Der direkte Bürger_innenkontakt ist dazu notwendig. Aber vielleicht haben viele der Politiker_innen die Vorstellung politischen Handelns MIT den Menschen als Modell bereits aufgegeben – das könnte zumindest die verkürzte Kritik an einem NPD-Verbot und die Unfähigkeit des Erkennens des nötigen Zusammenspiels zwischen institutionellem Agieren und der Graswurzelarbeit direkt bei der Bevölkerung erklären.

Nico Burmeister



Öffentliche Fraktionssitzung im „filmbüro mv“ in Wismar



Auf cineastische Abwege begab sich die Linksfraktion im Landtag MV mit dem Besuch des „filmbüros mv“ in Wismar.

Nach unserer Fraktionssitzung zeigten uns die Mitarbeiter das Gelände und die Werkstätten, stellten Projekte und das Landesfilmarchiv vor. Wir erfuhren von der umfangreichen Nachwuchsarbeit des „filmbüros“ im Bereich Medienkompetenz ebenso, wie von den Schwierigkeiten bei der Umstellung von analoger auf digitale Vorführttechnik.

Ein informativer und spannender Nachmittag, der in einen unterhaltsamen und kurzweiligen Abend führte – mit Trailern und Kurzfilmen über, um und vom „filmbüro mv“...

Information zur Sitzung des Rostocker Kreisvorstandes vom 24. Juni 2014

Auf seiner Sitzung am 24.06.2014 setzte sich der Kreisvorstand mit den seniorenpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern auseinander. Diese und die Arbeit der Arbeitsgruppe Senioren in Rostock und auf Landesebene wurden dabei vom Gen. Karl-Ludwig Spengler dargestellt. Senioren bilden eine immer größere und wichtige Gruppe bei Wahlen. Auch wenn in Rostock die Seniorenarbeit im Vergleich zum Rest Mecklenburg-Vorpommerns als gut einzuschätzen sei, sei trotzdem kaum Interesse und Mitwirkung von eigenen Genossinnen und Genossen bei der Seniorenarbeit und -politik zu verzeichnen. Auch in Seniorengruppen in den einzelnen Stadtteilen seien zu wenige Mitglieder der Linken. Dies müsse dringend verbessert werden. Bis zum September sollen die seniorenpolitischen Leitlinien in Zusammenarbeit mit der AG Senioren, Heidrun Bluhm und allen interessierten Genossinnen und Genossen überarbeitet und verbessert werden.

Es schlossen sich Berichte unserer Landesvorstandsmitglieder Marcel Eggert und Ralf Malachowski von der vergangenen Landesvorstandssitzung und Landesbasiskonferenz an. Im Landesvorstand wurde eine Auswertung und differenzierte Betrachtung der Wahlergebnisse der verschiedenen Landkreise vorgenommen. Darüber hinaus gab es auch eine engagierte Diskussion über die sogenannten Montagsmahnwachen. Der vom Parteivorstand gefasste Beschluss und die Empfehlung des Rostocker Kreisvorstandes, eine Beteiligung der Linken bzw. von Mandats- und

Funktionsträgern an den Mahnwachen nicht zu empfehlen, wurde aufgrund gemachter Erfahrungen mit dem teils dubiosen Charakter dieser Veranstaltungen bestärkt.

Die Landesbasiskonferenz in Güstrow wurde ausgewertet. Gen. Eggert merkte an, dass zwar Mitglieder der Basis an der Landesbasiskonferenz teilnahmen, eine stärkere Teilnahme jedoch wünschenswert gewesen wäre. Auf der Landesbasiskonferenz wurde durch den Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn eine Auswertung des Europawahlkampfes vorgenommen und ein Dank an alle Mitglieder für ihr Engagement im Wahlkampf ausgesprochen. Heidrun Bluhm und der Landesvorstand legten großen Wert auf eine offene Diskussionsmöglichkeit, um verschiedene Wahrnehmungen auf den Wahlkampf zuzulassen. Das Verhalten des Kreisverbandes Stralsund in den zurückliegenden Wahlen war zentrales Thema vieler, kritischer Betrachtungen. Jedoch wurden auch andere Themen, von der Plakatierung, über die inhaltliche Verknüpfung von Kommunal- und Europawahl bis hin zum Jungwahlkampf diskutiert und kritisch ausgewertet.

Gen. Eggert wertete auch in der Kreisvorstandssitzung auf Nachfrage nochmals die Arbeit der Landesarbeitsgruppe Jungwahlkampf aus. Diese wurde als überwiegend gelungen angesehen. Die Nachfrage aus den Landesverbänden Brandenburg und Sachsen, im Jungwahlkampf erstellte Postkarten und Wahlkampfspots ebenfalls für ihre Landtagswahlkämpfe nutzen zu wollen, zeuge von einer guten Arbeit, die

nach Jahren nicht vorhandener Jugendwahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern natürlich auch noch manch Schwäche aufgewiesen habe, die ebenso kritisch diskutiert wurden.

Alle Genossinnen und Genossen werden darum gebeten, den vom Landesverband erstellten Fragebogen zur Auswertung des vergangenen Wahlkampfes auszufüllen und in unserer Geschäftsstelle abzugeben, um dadurch Schlüsse auf mögliche Verbesserungen in folgenden Wahlkämpfen ziehen zu können. Die bisherige Rücklaufzahl beträgt gerade einmal knapp 2%. Eine derartige Mitgestaltungsmöglichkeit sollte nicht vergeben werden. In Rostock wird von Praktikantinnen und Praktikanten zudem eine Wahlauswertung spezifisch für Rostock und den Landkreis vorgenommen. Spezifische Fragen zu einzelnen Stadtteilen und persönliche Berichte zum Wahlkampf aus den Stadtteilen können bei Andreas Reinke zur Verarbeitung eingereicht werden.

Die Ernennung des Gen. Bockhahn zum Sozialsenator ist momentan aufgrund einer Konkurrenzklage ausgesetzt. Die Zulässigkeit dieser Klage wird von Gerichten momentan geprüft.

Im Herbst soll eine Gesamtmitgliederversammlung stattfinden, zu der eventuell Katja Kipping zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen eingeladen werden soll. Bisher gab es von ihr dazu noch keine Antwort.

Marcel Eggert, stv. Kreisvorsitzender



Dat Läben von John Brinckman

Dat Läben von John Brinckman

3. Juli 1814 – 20. September 1870

Recherchen von Kurt Kaiser

Hochdüütsch vörwech:

Anno 1855 kam die Urform von „Kasper-Ohm un ick“ heraus. Ich möchte dem Leser gern einmal die plattdeutsche Sprache und Schrift von dazumal näher bringen, denn was die Orthographie betrifft, so wollte John Brinckman dem modifizierten Rostocker Dialekt Rechnung tragen. Als Realschullehrer in Güstrow von 1849 bis 1870, mit wöchentlich 44 Unterrichtsstunden, nutzte Brinckman die frühen Morgenstunden für seine schriftstellerische Tätigkeit, die er u.a. so schilderte: „Wenn ich dann hinter meinem Schreibtisch sitze, dann fühle ich mich doch immer so lustig wie mein Haussperling, nur dass ich dann plattdeutsch piepe“.



Foto: Kasper Ohm

Der „plattdeutsche Haussperling“ piepte, was Qualität und Quantität von Brinckmans Schaffen angeht, in Güstrow besonders erfolgreich. So entstand 1854: „Dat Brüden geht üm“, 1855 „Fastelnachtspredigt för Johann, de na Amerika will“, im gleichen Jahr die Urfassung von „Kasper-Ohm un ick“, 1859 „Vagel Grip“ und 1868 schließlich die zweite, stark erweiterte Auflage von „Kasper-Ohm un ick“. - In der 1855er Urform steht Kasper-Ohm als literarischer Held im Mittelpunkt der erzählten Episoden:

„Dat was vör de Franzosentieden un as de Fastgälljassen un Mufferdeischoones noch in Mohd wieren, un man sonne Foahrtüg as Klippes un Schrubendampes noch nich kennen dohn dehr...“

Nun bekommt manch Leser einen Schreck

über die ihm unbekanntenen Wörter. Aber er kann sich beruhigen, im Anhang befinden sich Sach- und Worterklärungen. So wird schnell klar, dass eine *Fastgälljaß*, ein Schnellsegler mit Groß- und Besammast und ein *Mufferdeischoone*, ein als Schoner getakeltes Schiff ist, d.h. mit Fockmast und Besammast statt Großmast. So klärt es sich auf und das Lesen geht mit der Zeit immer besser. Aber, wo waren wir stehen geblieben? - Bei jenen Fahrzeugen, die als „Klippes“, d.h. große Schnellsegler und als Schraubendampfschiffe noch unbekannt waren, und lesen nun weiter:

„... wer doa de Koßfellestraat ore den Borgwall in Rostock lang kahn is, de mag doa vielleicht, üm dei Adventen ut, wenn dei letzten Appelschöp (Zorenappel) mit Hemp un Talg un Lichters, mit Linsaat un rußsche Seep un allerhand sonne schöne Säbensahken von Petesborg Haben binnen kehmen, eenen stieftakelten un strammen ollen Burßen prait hebben, breet un vull äwe Bohg un Spiegel as ´ne hollandsche Kuff, un dat was mien Mohrebrohre Käppen Pött, ore kortweg Kasper-Ohm benahmt.

....

Wenn he äwest to Hus wier un denn Sünndags Morrns Klock tein de Straat ´ruppe stüert nah de Marienkirch, dat Gesangsbook ünne ´n linken Arm, dat lange spansche Ruhr kort ünne den sülwern Knohp in sien rechte Fust, den niegen, dreekantigen Hoht up ´n

Kopp un ´n Zopp achte ´n Kopp as lang un dick as ´n rökerten Spickaal to söß un dörtig Schilling, - denn sehg he so mastig un cumplett uht as ´n reglären *Schout by Nacht (Konteradmiral)*, ore ´n Rostocke Börge, ore irgend sonn´annen forschen Kierl bi de Sprütt. Un wenn he nahsten up dat Schippegelag bi den grohten Fastnachtschmuß nah Disch sien drürr Glas Grog wegstaut harr un up all die Legerwalls un Währegallen un all dei Nurd Osts bi Nurden to spräken kehm, dei he all awähret harr, un von die Munsuhns bi Batavia un von de Magellahn´sche Sund bi Kap Huhrn un die Passaten un de Mahlstrom bi dei Lofodden vetellen dohn dehr, denn puhst he sonn´ grausamen Damp uht sien lütt ierden Piep vör sich weg, as een *Uhrlogsmann*, de ´ne vulle Lahg uht alle Stückken von de Backburd giwt. Doabi sprök he so *mooy* Hollandsch as een Schiedammer

Schipper. Ob dat nu doavon kehm, dat he so oft in Batavia wäst wier, ore dat he sin Läwdag so väl veritabeln Knaster von Ruyter, Puyter, Znuyster en Zoonen, Amsterdam smöhkt harr, dat weet ick nich. Doa wiern woll Weck, de sären: Käppen Pött harr nie nich sien Nä´s äwe ´n Belt un Skagerack rutestäken, äwest dat wieren gewiß all man sonn´ awünstige Smugglers un Soetwatermatrosen, schowjackige Ballastschüwes un schluhsuhrige Hieringswrakes mit keenen Schilling Geld in de *Furrick*, un sonne trandüsige *Topgasten* estimirt Kasper-Ohm ook nich een Spier; man dat he, wenn sonn *Keelschwien* em vör de Bohg kehm, dat linke Oog dichting tokneep un mit dat rechte dwaß äwe sien Näsenstag nah den Spurrer henpliert, as wenn he seggen wull: „Gott verdoh di, mein Jonge, kumm mich nich in mien Foahrwate, oder ik jage di mienen Lüveboh in dien Combühs!“

Soviel zur Probe. Möge auch die folgende Episode aus der 1885er Urform von „Kasper-Ohm un ick“ dazu beitragen, John Brinckmans niederdeutschen Werke neu zu lesen, sich wieder einzulassen auf sein eigenwilliges Plattdeutsch, das er wiederzugeben suchte, wie er es als gesprochene Sprache aufgenommen und aufgeschrieben hat.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Foto: Brinckman-Büste in Boltenhagen

Doarup sett de Winte in, un dat kehm mit sonne brandbitterböse Küll, dat de Strom all Bähdag vör Wiehnacht bet nah ´n Breetling hen hollen dohn dehr. Na, dunn würr Strietschoh lohpen nich för de Frahg. Junge di, wat güng dat mooy! Ierst gegen de forsche Norrwest an ´ne vull Halwstunn ´geampelt bet wiet achte Marrn´ (Marienehe) un bet die Thranen an die Backen fastfrieren dehren., - un denn werre vör de Wind retuhr gekitscht in tein Minuten up mien Ollen sein langsnablig hollandschen Strietschoh.

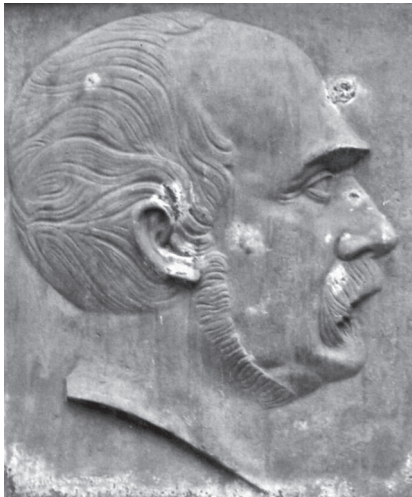


Foto: Brinckman-Relief am Rostocker Brinckman-Brunnen

Ick sehg mienen Frünt Hans Holtfreter uht dat Fisheduhr up ´n Schläden mit sonne Foahrt ´rute un nah den Fischhaben ´rinne seilen, as wenn he von ´n Flitzbagen awschaten wier. Ick nah em ´ranne. „Deubel, Hans! Dat geiht fein!“ – „Ja, fein gahn geiht dat!“, seggt Hans un stoppt sien Schläden. Schnall dien Strietschoh man furts aw un kumm mit!“

„.... As dat schummern würr gistern Abend un iehr dei Nachtwächtes kehmen, hew´ wi twee Stunn´ lang baben an de Pump pumpt, un äwe Nacht is dei Straat so blanking worrn as ´n Spegel. Ne, wat doa all för Lühr up dei Snut un up den Achterstevan

folen sünd, dat glöhwst du nich, un wat dat för ´ne Fohrt den Amberg dahlmahkt , dat möhst sülst dörchmahken!“

Ick laht mi dat nich tweemal seggen ... Un nu güng dat bet baben in dei Straat ´ruppe un denn up denn Schläden von baben hendahl dei Straat ´rüne in sonne Fuhs´ un Foahrt, as wenn ´n Schip von Stapel geiht. Süh doa, holht Bahn! Süh doa, holht Bahn! – „Junge di, dat geiht fein, Hans!“ segg ick, as wi unnen in ´n Haben ankahmen. ... Un de Lühr, de doa in de Straat güngen, müßten sick dicht an dei Husdöhren drücken, sünst harr wi sei mit uns´ Schlädens üm un üm führt. Nu müßt sick dat so drahen dat, as wi dei Schlädens werre ruppetröcken, de oll Paste von Sanct Jacobi de Straat dalgüng in vulle Ornat, den Köste achte sick. Wi nehmen uns´ Deckels aw, as de Preeste uns vörbigüng; man he estimirt uns nich. „Bi Hierundar up de Lastadie is hüt Nahmiddag Kindöhp, doa warren Twäschen döwt, een Jung un ´ne Diern“, segt Hans. Mit deß kehmen wi werrer baben in de Strat an. As wi nu baben sünd, seggt Hans Holtfreter to mi: „Laht ierst den Papen nah de Lastadie awbögen.“ – „Ach wat!“ segg ick. Mit deß, wat wi unne sünd, hett he all lang awbögt, he is jo all dichtung bi.“ – Un nu güng dat were los von baben dahl in vull Foahrt, hest mi nich sehn, un wen sien Vahre büst du? Süh doa, holht Bahn! Süh doah, holht Bahn! – Aewesten de Pap un de Köste hührten nich, wua wi sei spreiten. Langsam un ihenfast stüerten sei ehrn Kuhrs, dat wi sei ümme nehge up die Hacken kehmen, un dat dat nich mäglich wier, den Schläden in sien dull Foahrt to möhten. – „Süh doa, holht Bahn!“ schreeg ick noch mal so luht as ick künn. Pap un Köste hührten nich, rein as wenn sei Beir mit Blindheit un Dohweheit slahn wieren. – „Süh doa, holht Bahn!“ schreeg ick taun drünnen Mal in helle lichte Dodesangst. – Ick harr dat äwest kum ´rute, so störr mien groht Fischeschläden ook all den ollen Köste bumps up die Hacken; schwapps seet mien lehw Preeste up den Köste sienen Schoot. Beir` mahkten woll een gräßliches Wäsen un handschlahgten

as uklook. Dat hülp äwe alltosahm nich; de Schläden leht sick nich hissen un nich locken, dat was rein as wenn de Büßworm achte ´n Ossen is, un vörwartsch güng dat in vulle Ornat up den Schläden de Straat dahl uht dat Strandduhr ´rute un so in ´n Haben ´rinne bet dich an de Anna Maria Sophia, dor ierst künn ´k dat Beest von Schläden stoppen. Harre Gott un Harre Jes´, wat harr ick vör ´ne Angst mit deß uhtstahn. Ich dacht, mien Hoar müßt dora von gries worrn sien. – Denn ollen iehrwürdigen Paster in vulle Ornat up minen Schläden an hellen Dahg de Straat dahlschehst! ... Mi was, as ob ik Preeste un Köste doht slan harr. – Und Kasper-Ohm, der das beobachtet hatte, rief: „Harr Paster, skall ick den Jongen mit sienen eegen Peekhaken vör de Bläß slahn, oder skall ick em hier in der Füerwakh versöhpen?“ – Kasper-Ohm harr äwest goht in de Füerwakh versöhpen un vör ´n Bläß slahn. Ick harr keen Tied ... un uhtneigen dehr, as ob dat les ünne mi inbräken wull. Wua Paste un Köste de Schlädenfoahrt bekahm, doa hew´k mi nich na erkundigt.

Anhang: *Furrik* = Geldbeutel; *Topgasten* = Matrosen; *Schout by Nacht* = holl. Conteradmiral;

Holl. Kuff = großes Schiff; *Urlogsmann* = Kriegsschiff, *Mohrebrohre* = Mutterbruder, Onkel; *mooy* = schön, angenehm; *Keelschwien* = Kielbalken, Schimpfwort; *Twäschen* = Zwillinge.

(9.322 Zeichen, mit Leerzeichen./ 111 Zeilen / Ariel 11)

Quellen:

Wolfgang Siegmund FEDERLESE * John Brinckman 1814 – 1870 *

John Brinckman „Kasper-Ohm un ick“ * Edition Sieben Tore ISBN 3-924579-04-0

Jüngst erschien ein kleines feines Büchlein über John Brinckman, verfasst vom Rostocker Willi Passig. Es ist für 8,95 EUR in der Buchhandlung im Doberaner Hof erhältlich.

Sogenannt mündige Bürger
(von Jürgen Riedel)

Masse von politischem Centwert
ist es egal
ob sogenanntes drittes Reich
bundesdeutsche sogenannte Demokratie
in Form gilt Staatsform
die ja sagt statt nee
zum eigenen Portemonnaie

L
Y
R
I
K

Nie vereinigte Staaten (von Jürgen Riedel)

meist erkenntnisstolpern Vergleiche
dumm wie Kopfsteinpflaster einer von ihnen:
politische bekäme EU Stehvermögen
wie Vereinigte Staaten von Amerika
für IQ der Großmachtgier
unbegreifbar:
Gesetzmäßigkeit jahrtausendwichtigen
Gegeneinanders in Europa
Kommt nicht ins Wanken



Zum 80. Jahrestag der Ermordung von Erich Mühsam

Erich Mühsam – Ein Lyriker? Ein Anarchist?

Ein Antifaschist und Opfer des Naziregimes!

Geboren am 6. April 1878 als Sohn jüdischer Eltern in Berlin; ermordet vor 80 Jahren in der Nacht vom 9. zum 10. Juli 1934

6 Monate in den „Zwangsarrest“ in die Festung Traunstein geschickt, wie es in seinem Buch „Abrechnung“ heißt. Die weiteren Stationen: im November 1918 führendes Mitglied im Münchener *Revolutionären Arbeiterrat*, am 7. April 1919 maßgebliche Beteiligung an der Ausrufung der *bayerischen Räterepublik*. Nach deren blutiger Niederschlagung durch Soldaten der

Nazi-Regime, für den Joseph Goebbels forderte: „*Dieses rote Judenaas muß krepieren!*“ Am Vorabend seiner Flucht aus Deutschland – die Fahrkarten waren gekauft, die Koffer gepackt – wird Erich Mühsam am 28. Februar 1933 im Rahmen der Massenaktion zum Reichstagsbrand in der Nacht verhaftet, in mehrere Gefängnisse und Lager verschleppt, über Monate grausam mißhandelt

und am 2. Februar 1934 ins KZ Oranienburg transportiert und dort in der Nacht zum 10. Juli 1934 von SS-Leuten viehisch ermordet. Am 12. Juli 1934 verbreiteten Nazipresse und -rundfunk, Erich Mühsam habe „sich selbst erhängt“.

Überlebt haben seine Lieder und Gedichte, seine Schriften und Dramen, die Erinnerungen seiner Zeitgenossen und die Ideen, für die er gekämpft hat. In seinem „Totenlied“ klingt es wie ein Vermächtnis:



im KZ Oranienburg, dem provisorischen Vorläufer des Lagers Sachsenhausen. Aufgewachsen ist Erich Mühsam in Lübeck, wurde wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ vom Gymnasium relegiert, war Apothekergehilfe und seit der Jahrhundertwende als freier Schriftsteller und Kabarettist über ein Jahrzehnt dem literarisch-satirischen Kabarett der Vorkriegszeit im kaiserlichen Deutschland verbunden.

1910 Anklage wegen „des Versuches, das sogenannte Lumpenproletariat zu sozialistischem Bewußtsein heranzuziehen“. Am 15. September 1915 heiratete Erich Mühsam Kreszentia Elfinger, genannt Zenzl.

Über den 1. Weltkrieg schrieb er: „*Krieg ist organisierter Massenmord und schon deshalb schlechthin unsittlich*“. Wegen Dienstverweigerung wurde er Anfang 1918 für

sozialdemokratisch geführten Reichswehr und rechten Freikorpsverbänden Verhaftung, Standgericht: 15 Jahre Festungshaft. Durch die sogenannte „Hindenburg-Amnestie“ (die eigentlich „Hitler-Amnestie“ heißen müßte, da sie den Münchener Putschisten des Jahres 1923 galt) kam Mühsam Weihnachten 1924 auf *Bewährung* wieder frei. Seitdem lebte er als Schriftsteller, antifaschistischer Publizist und Herausgeber der Zeitschrift „*Fanal*“ in Berlin. Er engagierte sich für die Gefangenenhilfsorganisation „*Rote Hilfe*“, arbeitete an der Zeitschrift „*Weltbühne*“ und war künstlerischer Berater der „*Piscator-Bühne*“ und ein unermüdlicher Aktivist gegen neue Kriegsgefahr und die heraufziehende Naziherrschaft.

Er war der bestgehaßte Schriftsteller im

„... *Menschen, laßt die Toten ruhn,
Euer ist das Leben. ...
Wollt Ihr denen Gutes tun,
die der Tod betroffen:
Menschen, laßt die Toten ruhn
und erfüllt ihr Hoffen!*“

Text: Jürgen Weise

Fortsetzung auf der nächsten Seite

In Rostock erinnern die Erich-Mühsam-Straße in Reutershagen und ein Gedenkstein in der Kopernikus-Str. / Ecke Tschajkowski-Str. an den antifaschistischen Dichter und Publizisten. Dort befindet sich heute eine Liegenschaft des Bundesvermögensamtes, zu DDR-Zeiten Standort eines Artillerie-Regimentes der NVA. Am 7.10. 1969 erhielt die Kaserne den Namen

„Erich Mühsam“; am 01.03.1987 wurde dem Regiment der Name im Rahmen der antifaschistischen Traditionspflege verliehen.

Was bis heute trotz umfangreicher Recherchen nicht ermittelt werden konnte: Aus welchem der beiden Anlässe wurde der Gedenkstein wann errichtet und wer war oder ist der Schöpfer dieses Denkmals. Der Vorstand von VVN-BdA Rostock lädt ein zu einer Gedenkveranstaltung anläß-

lich des 80. Jahrestages der Ermordung von Erich Mühsam:

Tag und Uhrzeit: Mittwoch, 9. Juli 2014, 17:00 Uhr

Ort : Gedenkstein Kopernikusstraße
Zu erreichen mit den Buslinien 25 (Doberaner Platz – Thomas-Morus-Str.) bzw. 27 (Hbf. Nord – Markt Reutershagen), Haltestelle „Schwimmhalle“

Zeitzeugen in Evershagen

Die letzte Gesamtmitgliederversammlung des Stadtteilverbandes Evershagen stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. Zu Gast war der 90-jährige Sympathisant unserer Partei Erich Hillert. Dieser war bereit uns an seinen historischen Erfahrungen teilhaben zu lassen.

Der anfängliche Hinweis, dass seine Stimme eventuell ausbleiben könnte, bewahrheitete sich zum Glück nicht. Vielmehr berichtete er mit umso festerer Stimme den Anwesenden über seine gemachten Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges und der Zeit danach. Hillert ließ uns teilhaben an seinen Erinnerungen an den Einsatz an der Front und wie er schließlich der Roten Armee als Partisan beitrug. Er berichtete von seiner dortigen praktischen und theoretischen Ausbildung. Hillert betonte, dass er während der Ausbildung durch die Rote Armee weniger zum Kommunisten, als zum Antifaschisten erzogen wurde. Er berichtete zudem als Zeitzeuge über seine Verwundung und seine Erfahrungen im Nachkriegs-Mecklenburg.

Angestoßen durch Erich Hillerts Ausführungen, ergriffen im darauf folgenden Gespräch viele andere Genossinnen und Genossen das Wort und berichteten von ihren Erfahrungen der Vertreibung und Nachkriegszeit. Dabei warfen sie einen differenzierten Blick auf das Geschehene und betonten ihren Dank, dass sich Personen, wie auch Erich Hillert, während und nach dem Krieg für eine friedliche und gerechte Welt einsetzten und dafür teils auch mit ihrem Leben bezahlten.

Der Dank an Antifaschistinnen und Antifaschisten und all die Menschen, die gegen den Nationalsozialismus kämpften, dürfe in der Gesellschaft nicht mehr so kurz kommen wie bisher.

Zudem betonten alle Anwesenden, dass das Wiedererstarken rechter Tendenzen, ob in Frankreich oder der Ukraine, besorgniserregend sei. Sie hofften, dass aus der Geschichte und den Verdiensten der damaligen Generationen gelernt wurde und man sich auch heute diesen Entwicklungen entgegen stellt. Mit Blick auf uns

anwesende junge Menschen und unseren Einsatz, wie beispielsweise am 1. Mai, waren sie jedoch der Überzeugung, dass dies der Fall sei.

Ich möchte mich im Namen des Stadtteiles und insbesondere persönlich bei Erich Hillert für seine äußerst interessanten Berichte aus erster Hand bedanken. Von direkt Beteiligten über historisch bekannte Ereignisse zu hören und sich darüber auszutauschen ist sowohl für uns interessierte, jüngere Menschen, als auch alle anderen Genossinnen und Genossen von unschätzbarem Wert.

Ich hoffe, dass auch andere Genossinnen und Genossen dadurch ermutigt werden, sich zusammen zu setzen und Erfahrungen und Erlebtes noch bewusster miteinander zu teilen.

Marcel Eggert

Karin Schmidt Vorsitzende der Linksfraktion im Landkreis Rostock

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE im Landkreis Rostock hat sich konstituiert und dabei Karin Schmidt als Vorsitzende und Dr. Erwin Kischel als ihren Stellvertreter bestimmt. Als Kandidaten für das Amt des 1. Stellvertreters der/s Kreistagspräsidenten, der auf der Kreistagssitzung am 25. Juni gewählt werden sollte, wurde von der LINKEN Prof. Dr. Wolfgang Methling vorgeschlagen. Obwohl die SPD bei der Kommunalwahl knapp hinter unserer Partei gelandet war, erhob auch sie Anspruch auf die Position des 1. Stellvertreters und setzte diesen Anspruch in einer Kampfabstimmung durch. Wolfgang Methling ist nun 2. Stellvertreter der Kreistagspräsidentin.



Jetzt reden wir!



Am 20. Juni 2014 fand zum ersten Mal eine gemeinsame Veranstaltung der Rohnstock Biografien und des RotFuchs Fördervereins Rostock in der Gaststätte „Nordlicht“ in Rostock-Lichtenhagen statt.

Das Thema dieser Podiumsdiskussion lautet nach dem gleichnamigen erschienenen Buchtitel: Die Kombinatdirektoren - JETZT REDEN WIR! Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist.

Als erstes stellte sich Katrin Rohnstock vom gleichnamigen Verlag der Rohnstock Biografien vor und gab einen kurzen Überblick über ihren Verlag. Bereits vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 versuchte sie Sponsoren für dieses umfangreiche Projekt der Erforschung der Geschichte der Kombinatdirektoren und Wirtschaftsfunktionäre zu gewinnen, wurde aber wegen mangelndem Interesse abgewiesen. Erst mit Beginn dieser Finanzkrise änderte sich diese Haltung, weil man plötzlich verstärkt nach Alternativen zum jetzigen System bereit war, nachzudenken. Die jeweiligen Eingangsstements durch Günter Ubl (ehemaliger Direktor Fischkombinat), Herbert Roloff (Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Industrieanlagen-Import) und Dr. Klaus Blessing (Ökonom und Staatssekretär des Maschinenbau/Metallurgie im ZK der SED), machten den Anwesenden sehr schnell deutlich, dass hier Insider auf ihrem Gebiet sprachen, die ohne etwas zu beschönigen, Klartext über ihre Erfahrungen während ihrer verantwortlichen Tätigkeit berichteten.

Günter Ubl machte u.a. zuerst einen historischen Abriss über die Entstehung des Fischkombinats und verband diesen immer im Kontext der Entwicklung der DDR mit der seinerzeit vorherrschenden internationalen Situation. So musste die DDR auf veränderte äußere Bedingungen, wie die Überfischung in der Barentssee und der Errichtung der 200 Meilen-Zone von Island im damaligen Fischereikrieg zwischen Island und England, sich neue Fanggebiete suchen, um den gesellschaftlichen Auftrag, der Versorgung mit Fisch für die eigene Be-

völkerung, gerecht zu werden. Diese Situation bedeutete, dass man von anfangs bis zu 700 Meilen entfernten Fanggebieten, jetzt neue Fanggebiete bis 2500 Seemeilen bzw. 4000 Seemeilen Entfernung ansteuerte und dafür erstmals eine entsprechende Schiffsflotte aufbauen musste. Diese modernen Fischfangverarbeitungsschiffe waren nicht nur die Gewähr, in weit entfernten Fischfanggebieten zu fischen, sondern gleich im Fanggebiet selber den Fisch entsprechend zu verarbeiten und auch kurzfristig gewinnbringend auf dem Weltmarkt zu veräußern. Obwohl der vorgegebene Warenfonds stets erfüllt worden ist, konnten nicht immer die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung erfüllt werden. Die Gründe waren vielfältiger Art und nicht immer waren die Witterungsbedingungen auf See oder die Weltmarktpreise die Ursachen. So war z.B. die verspätete Fertigstellung von Schiffen nach Reparaturen eine der Ursachen, die zum Fangausfall führten. Herbert Roloff berichtete in sehr detaillierter Form, dass die DDR seinerzeit stets nur das Beste auf dem Weltmarkt existierende Produkt eingekauft hatte und nannte solche Beispiele wie den VW-Motor für den Trabant und Wartburg und dass bereits ein ganz neues Auto kurz vor der Serienreife erstellt worden war. Er verschwieg aber auch nicht, dass es enorm schwierig war, die gewünschten Anlagen zu bekommen, weil gegen die DDR und die weiteren sozialistischen Staaten das Wirtschaftsembargo bestand. Um den regionalen Bezug seiner Ausführungen zu wahren, erklärte Herbert Roloff am Beispiel der Errichtung des Düngemittelwerkes nicht nur den Umfang der in Valuta getätigten Investition, sondern auch jene zusätzliche Investition, die durch Eigenleistung erbracht worden sind. Dr. Klaus Blessing, der vordergründig zur ökonomischen Situation als Ganzes sprach, ging nicht nur auf die Handelsbeschränkungen und das Wirtschaftsembargo ein, welche sich nachteilig für die Entwicklung der DDR auswirkten, sondern belegte an Hand von bundesdeutschen Statistiken z. B. der Bundesbank, dass die DDR nicht wie im „Schürer Bericht“ mit 49 Mrd. verschuldet war, sondern mit 19 Mrd. Das beweist nicht nur, dass die DDR insgesamt um ein vielfaches weniger verschuldet war, als die heutige Bundeshauptstadt Berlin, sondern belegt auch, dass die DDR nicht nur weiterhin kreditwürdig, sondern auch nicht bankrott war, wie es bis heute immer noch gerne dargestellt wird.

In der folgenden sehr sachlich geführte Diskussionen wurde nicht nur mit weiteren Beispielen untermauert, dass die DDR-Wirtschaft - insgesamt betrachtet - nicht marode war. Es wurde auch dargelegt, dass die Rolle des RGW kritisch zu bewerten ist und dass trotz einiger positiver Beispiele, wie bei der Errichtung von gemeinsamen Projekten, es keine wirkliche Kooperation untereinander gab, so wie es ursprünglich die Zielstellung war. Ein großes Thema in der Diskussion war die Subventionspolitik der DDR auf ihre Güter und dass es mehrfach Versuche gab, diese anders zu gestalten, was aber politisch nicht durchsetzbar war.

Das Fazit dieser Veranstaltung ist, dass unter den damals vorherrschenden Voraussetzungen und Bedingungen die DDR-Wirtschaft sich von 1949-1989 enorm entwickelt hat und dass die Werktätigen mit erhobenem Haupt auf ihre Lebensleistungen zurückblicken können.

Der künftige Weg darf nicht sein, wie im jetzt existierenden Kapitalismus, die Arbeitsproduktivität ins Unermessliche zu produzieren und sich immer mehr Erwerbstätiger als „unnützen Ballast“ zu entledigen sowie den Raubbau an der Natur und Umwelt weiter zu forcieren. Die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität sollte künftig daran gemessen werden, wie viel der „Durchschnittsbürger“ eines Landes produziert. Wir brauchen neue Denkansätze und was wir unter sozialistischer Gesellschaftsordnung verstehen. Dabei sollten nicht alleine die Effektivität und die Produktivität sowie der Gewinn und die Höhe des Konsums im Vordergrund stehen, sondern typische sozialistische Merkmale, wie soziale Sicherheit, Arbeit, Umweltschonung und natürlich Frieden, ohne den es keine menschliche Weiterentwicklung gibt. Das alles setzt aber voraus, dass wir die Menschen mit einer verständlichen Sprache erreichen und sie mit unseren Ideen und Ansätzen zum Handeln mitnehmen.

Carsten Hanke

Vorsitzender RotFuchs Rostock

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Samstag, 5.7.	9-15 Uhr	Klausur des LRO-Kreisvorstandes zum Thema Parteientwicklung	Friedrichshof	Hotel Herrenhaus
Mittwoch, 9.7.	17:00 Uhr	Erich-Mühsam-Gedenkveranstaltung (siehe S. 12/13)	Rostock-Reutersh.	siehe S. 12/13
Freitag, 1.8.	19:00 Uhr	Filmvorführung (siehe unten)	Rostock	LIWU
Dienstag, 5.8.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	N.N.	N.N.
Donnerstag, 7.8.	16:00 Uhr	RotFuchs: Konstantin Brandt zum Verhalten der SPD 1913-1919	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Donnerstag, 29.8.	14:30 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen mit Heidi Bluhm	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Montag, 1.9.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken anlässlich des Weltfriedenstages	Bad Doberan	Ehrenmal im Bachgarten
Donnerstag, 4.9.	16:00 Uhr	RotFuchs: Monty Schädel über die Militarisierung der Gesellschaft	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Samstag, 6.9.	09:30 Uhr	Ehrendes Gedenken anlässlich des Weltfriedenstages	Güstrow	Rostocker Chaussee 1 (Friedhof)
Freitag, 12.9.	18:00 Uhr	Das geplante Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP), Vortrag und Diskussion mit Prof. Christa Luft	Lütten-Klein	Mehrgenerationenhaus Danziger Str. 45d

Jahrestag Auftakt Erster Weltkrieg

Rostocker Friedensbündnis, VVN-BdA Rostock und die Rosa-Luxemburg-Stiftung laden ein zur gemeinsamen Auftaktveranstaltung der Aktionswoche „100 Jahre 1. Weltkrieg“ am:

1. August 2014, 19:00 Uhr im LIWU Barnstorfer Weg:

„Der Untertan“ – Ein DEFA-Film nach dem Roman von Heinrich Mann.

Eintritt frei !

1914 - Der Wille zum Krieg

Am 4. Juli spricht Wolfram Wette um 19 Uhr in der Aula der Volkshochschule, Am Kabutzenhof 20 A, über die Frage der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg. Vor 100 Jahren vertraten die Deutschnationalen und später die deutschen Faschisten die Auffassung, strauchelnde europäische Politiker und Militärs seien wider Willen in den Krieg getaumelt. Das stärkte die deutsche Kriegsunschuldspropaganda. 2014 greift der australische Historiker Christopher Clark mit seinem Buch „Die Schlafwandler“ diese These wieder auf. Aber hält sie auch den Fakten stand? Steht uns ein neuer Historikerstreit ins Haus?

Eine ausführliche Ankündigung der Veranstaltung findet sich auf der Homepage des Rostocker Friedensbündnisses - www.rostocker-friedensbuenndnis.de.

Professor Dr. Wolfram Wette, Historiker und freier Autor, Mitbegründer der Historischen Friedensforschung, arbeitet am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. Eine Veranstaltung des Rostocker Friedensbündnisses, der DFG-VK-Regionalgruppe Mittleres Mecklenburg und der Volkshochschule Rostock in Kooperation mit weiteren Partnern. Der Eintritt ist frei.

Thälmann-Gedenken

Am 18. August 2014: 70. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns

Am 18. August 1944 wurde auf Befehl Himmlers Ernst Thälmann im KZ Buchenwald ermordet; 3 Tage später war auch sein sozialdemokratischer Mithäftling Rudolf Breitscheid tot. Angesichts der aktuellen politischen Ereignisse und Entwicklungen lädt VVN-BdA Rostock ein zu einer

Gedenkveranstaltung. Zeitpunkt: Sonnabend, 16. August 2014, 10-12 Uhr, Ort: Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. Die Gedenkrede hält Torsten Koplín, Mitglied des Landtages. Als Gäste können u.a. begrüßt werden: Vera Dehle-Thälmann, die Enkelin von Ernst Thälmann, und der Liedermacher Harald Wandel (Um eine Spende von 2 Euro zur Unterstützung wird gebeten)

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Bad Doberan:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,00 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Liebe Genossinnen und Genossen, am 19. Juli wird in Rostock wieder der CSD - Christopher-Street-Day gefeiert. Natürlich werden wir als LINKE einen Stand auf dem Neuen Markt haben. Dafür suchen wir liebe Genossinnen und Genossen, die sich entweder für den Aufbau und Abbau und/oder für die Betreuung des Standes zur Verfügung stellen. In der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.30 Uhr werden wir mit dem Stand vor Ort sein. Bitte meldet Euch bei Andreas (kgf@dielinke-rostock.de) !

Danke und mit lieben Grüßen,
Eva-Maria und Carsten

<http://www.csdrostock.com/index.php/de/christopher-street-day/tagesablauf>

Aufbau Ost als Nachbau West ist endgültig gescheitert

Der Industrie-Atlas bestätigt, was DIE LINKE bereits seit vielen Jahren den verschiedenen Bundesregierungen immer wieder ins Stammbuch geschrieben hat: Der Aufbau Ost als Nachbau West ist endgültig gescheitert. Es war von Anfang an völlig falsch zu glauben, „der Markt“ werde das mit dem Osten schon irgendwie richten, wenn man denn nur ausreichend in die Infrastruktur investiere. Nein, „der Markt“ hat kein industriepolitisches Konzept. Er hat nur die Tendenz, die Reichen reicher zu machen und die Armen zahlreicher, und so ist es denn auch geschehen.

Begonnen hat es mit der Deindustrialisierungspolitik der Treuhand. Sage niemand, es habe nicht anders gehen können. Es gab erstens in der DDR eine ganze Reihe von Spitzenunternehmen in den industriellen Kerngebieten, die zielgerichtet hätten modernisiert und gestärkt werden können – aber sie wurden als Konkurrenten bestehender westdeutscher Firmen ausgeschaltet. Und es gab zweitens eine Reihe großer Unternehmen, die im Osteuropageschäft stark waren, aber ihnen wurden mit der Währungsunion von einem Tag auf den anderen ausgleichslos die Absatzmärkte genommen.

Von diesem Schlag hat sich die Ost-Industrie nicht wieder erholt, denn nun setzten die bekannten Folgen ein: Die Fachkräfte – auch und insbesondere die jungen – gingen zu Zehntausenden in den Westen. Die verbliebenen Ost-Industriebetriebe wurden zu Billiglohnunternehmen mit der Funktion verlängerter Werkbänke degradiert. Und niemand dachte daran, den Mangel an großen kapitalkräftigen Unternehmen, der im Industrie-Atlas beklagt wird, zu beseitigen. Warum denn auch sollten diese Unternehmen in den Osten gehen? Infrastrukturinvestitionen in der Form von Autobahnen und schnellen Telefonleitungen allein reichen als Anreiz nicht aus. Die Arbeitskräfte kommen zu den Unternehmen – warum sollten die Unternehmen den umgekehrten Weg gehen? Wo doch alle großen Banken, alle großen Forschungszentren, alle modernen Dienstleistungszentren im Westen sitzen?

Negieren wir in einer solchen Bilanz die Leuchttürme, die sich trotz allem in der ostdeutschen Industrie entwickelt haben?

Nein, keineswegs, nur: Sie ändern nichts daran, dass die 100 größten ostdeutschen Unternehmen in ihrer Bilanzsumme noch immer nur die Hälfte derjenigen eines einzigen westdeutschen Konzerns – in diesem Falle Daimler – erreichen. Was für ein Armutszeugnis nach 25 Jahren!

Wir, DIE LINKE, unterbreiten seit Jahren in Gestalt von Ostdeutschland-Thesen und auf unseren Ostdeutschland-Anhörungen Vorschläge, wie sich in Ostdeutschland eine andere, wenigstens im Ansatz selbsttragende Entwicklung vollziehen könnte. Die Schlüsselworte sind Erneuerbare Energien, Forschung und Entwicklung, regionale Wirtschaftskreisläufe. Dies alles braucht selbstverständlich Kapitalhilfe, aber die wäre nichts anderes als ein Zurückzahlen, denn wieviel Geld ist im Westen allein durch die Abwanderung der im Osten Ausgebildeten gespart und wieviel durch die Realisierung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen durch westdeutsche Unternehmen gewonnen worden!

Es wäre gut, wenn der Industrie-Atlas mit seiner ungeschönten Benennung der ostdeutschen Rückstände nun endlich zu einem Umdenken führte. Deutschland braucht eine Industriepolitik, die diesen Namen verdient, und eine Ostdeutschlandpolitik, die endlich wirklich auf die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen abzielt. Zu einem wirksamen Instrument auf diesem Wege könnte die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) entwickelt werden. Es müssten dort aber Finanzmittel konzentriert werden, die mehr sind als nur ein weiterer Tropfen auf den heißen Stein.

*Roland Claus
Ostkoordinator der Linksfraction im Bundestag*

linksfraktion.de, 24. Juni 2014



Gewinner: Mit ihrer Weigerung, drei frisch gewählten NPD-Stadtratsmitgliedern die Hand zu reichen, hat die Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) über die Stadtgrenzen hinaus für Aufsehen gesorgt.

Verlierer: Innenminister Lorenz Caffier ist gegen die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Edward Snowden. Ein Ausdruck der Freundschaft zur NSA, denn wie sagte doch Bundestagspräsident Lammert in Erwiderung auf den Hinweis Gregor Gysis, auch Lammert werde von der NSA abgehört: „Im Gegensatz zu Ihnen trage ich das mit Fassung.“

Monatszitat

„Der Geschäftsführende Parteivorstand setzt sich für eine demokratische und faire Kultur ein, in der Konflikte in der Sache und im Ton der gegenseitigen Wertschätzung ausgetragen werden; in dem das Gemeinsame, nicht das Trennende im Vordergrund steht.“ Aus der Sofortinfo

Monatszahl

Rassistische Übergriffe sind 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 20,4 Prozent gestiegen. 2012 registrierte man 393 Straftaten, im vergangenen Jahr 473. Die Dunkelziffer ist noch deutlich höher.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welcher Schriftsteller feiert dieses Jahr seinen 200. Geburtstag?
2. Wo fand die Landesbasiskonferenz der LINKEN statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.09.2014